

## **Statt Verdammung „falscher“ Bedürfnisse: Demokratische Debatte über Inhalt und Gestalt der Produktion**

### **Es gibt keine falschen Bedürfnisse!**

Dieser Satz mag erstaunen, zumal als erster eines Artikels in einem Buch zur Wachstumskritik. Wem fiel nicht Herrn Ackermanns Bedürfnis nach 25% Rendite oder das der aggressiven Kleinbürgerin nach einer Art gepanzertem Geländewagen ein? Zweifellos gibt es also Bedürfnisse, deren Befriedigung gesellschaftlich schädliche Wirkungen hervorbringt.

Und davor dürfen und sollen sich Gesellschaften schützen. Aber wir bestehen darauf, dass dies in offenen, öffentlichen und politischen Prozessen geschehen muss. Es kann nicht sein, dass die einen Individuen entscheiden, was die anderen für Bedürfnisse haben dürfen. Und damit sind wir im Zentrum der Frage, wie man in eine Postwachstumsgesellschaft kommen könnte.

Die Welt hält den bisherigen Verbrauch an (fossiler) Energie und Naturressourcen nicht mehr aus, rasche und umfassende Schrumpfung ist angesagt. Gleichzeitig leben trotz des nie dagewesenen weltweiten Reichtums mehr Menschen denn je in Armut. Schrumpfung muss also auch von Umverteilung begleitet sein.

Viele werden das unabhängig von ihrem tatsächlichen Lebensstandard als Bedrohung empfinden. Wenn ich jemandem sage, sie habe falsche Bedürfnisse oder ein falsches Bewusstsein, dann wird diejenige das zurückweisen und sich und ihren Lebensstil verteidigen. Wenn ich möchte, dass sie sich und ihre Bedürfnisse infrage zu stellen lernt, so muss ich ihre eigene Souveränität und Entscheidungshoheit anerkennen. Und das umfasst das Recht, die Bedürfnisse zu haben und zu behalten, die sie hat.

Sollen die notwendigen Veränderungen mit den Menschen stattfinden, dann können nicht einige definieren, was erlaubte und was falsche Bedürfnisse sind. Bedürfnisse sind nicht statisch, es kommen regelmäßig neue dazu, manchmal aus eigenem Antrieb, manchmal anderswo ab geschaut oder eingeredet. Haben sie sich erst einmal etabliert, sind sie gerade so real wie die früheren. Ein Verhältnis, in dem die Einen über die Anderen bestimmen oder sie umerziehen wollen, ist kein demokratischer Prozess. Es müssen andere Wege gefunden werden.

### **Keine Forderung nach individuellem Verzicht**

In einer immer stärker privatisierten Gesellschaft stellen wir die gesellschaftliche und demokratische Komponente in den Vordergrund der Diskussion. Wer entscheidet, unter welchen Bedingungen und wie Ressourcen gespart werden? In einer wirklich demokratischen Debatte müssen dafür Mehrheiten gefunden werden. Es bietet sich an, dort anzusetzen, wo Ressourcen verbraucht werden, ohne den Wohlstand oder die Zufriedenheit der Einzelnen zu mehren. Das könnte den Menschen die Angst vor Einschränkungen nehmen und man gewänne Zeit für die Debatte über die Entstehung von Bedürfnissen und Kriterien für ein gutes Leben.

Gleichzeitig könnte deutlich werden, dass es Technologien gibt, die unter keinerlei gesellschaftlichen Bedingungen konstruktiv wirken können, die immer vor allem gefährlich sind und den Wohlstand der Einzelnen nicht mehren.

Rüstungsproduktion, Atomtechnologie, Gentechnik sind Beispiele dafür. Ihre Anwendung befriedigt keine individuellen Bedürfnisse, verursacht aber einen hohen gesellschaftlichen Preis. Sie nutzen nur denjenigen, die an ihnen verdienen. Die Menschen benötigen für ein erfülltes Leben keinen Panzer, kein Atomkraftwerk und keine genetische Optimierung und fragen diese Dinge auch nicht nach. Nachfrage dafür wird fast ausschließlich staatlich geschaffen und damit ganz nebenbei Reichtum aus der Hand der Steuerzahlerinnen in die der Anlegerinnen umverteilt. Hier geht es um Macht, nicht nur im Sinne der Herrschaft über fremde Länder und Konkurrentinnen, sondern über die Menschen als solche.

Auch der Neoliberalismus hat eine Vorstellung vom guten Leben, mit der sich viele identifizieren. In dieser Vorstellung entwickelt sich das gute Leben über den Markt, dessen Dynamiken radikal freigesetzt werden müssen. An uns ergeht deshalb die Aufforderung, uns mit allen Mitteln für den Markt zu optimieren. Auf dem Weg dazu spielen zunehmend auch die Bio-, Gen- und Nanotechnologien eine Rolle, und zwar als Mittel, ein optimal verwertbares Leben, ja schließlich einen auf immer neue Verwertbarkeit optimierten Neuen Menschen zu produzieren. Wie die Atom- und natürlich die Militärtechnologien sind die Biotechnologien gerade in dieser rückhaltlos entgrenzten Steigerung und Freisetzung von Produktivität Technologien einer Destruktion, die sich zuletzt auf das gesamte Leben richtet.

Sie binden ein Übermaß an gesellschaftlicher Intelligenz und ökonomischen Mitteln. Sie tragen zur Armut in der Welt bei. Ihre Beseitigung könnte Fantasie und Forschungswillen in ganz andere Richtungen lenken und ökologische Probleme in gewaltigem Umfang reduzieren. Eine solche Orientierung würde darüber hinaus die Wachstumskritik in ein gesellschaftliches Kräftefeld einordnen. Sie hätte Bündnispartnerinnen und könnte Impulse aufnehmen, die sich in den Kämpfen gegen Atomkraft und Gentechnik ebenso ausdrücken wie im Widerstand gegen den imperialistischen Krieg.

Es gibt sehr viele weitere Produktionen und Abläufe, die zur Bedürfnisbefriedigung der Menschen nichts beitragen, sondern deren Sinn schlicht darin besteht, den Profit der Investorinnen zu steigern oder überhaupt erst zu ermöglichen. Ein großer Teil des Transports gehört dazu (zum Folgenden Wolf 2007). Fast die Hälfte des gesamten Welthandels besteht in Transporten von Waren ein und desselben Unternehmens von einem Ort zum anderen. Sie verteilen so ihre Produktion über verschiedene Standorte weltweit und nutzen dabei unterschiedliche Steuerniveaus, Arbeitskosten, Umweltstandards oder staatliche Subventionen aus. Die Produktion wäre in der gleichen Qualität an jedem einzelnen Standort möglich.

Ein zweites Beispiel ist die Küstenschifffahrt, auf die in der EU über 40% des gesamten Verkehrs entfallen – mit riesigen Umwegen. Schließlich wird am Im- und Export besonders offensichtlich, wie wenig der Welthandel mit dem Warenbedarf zu tun hat: 2005 führte Deutschland für vier Milliarden Euro Milcherzeugnisse aus und für 5 Milliarden ein. Großbritannien exportiert jährlich 520.000 Tonnen Schweinefleisch und importiert 535.000. Und die Transportkilometer für Maschinen und Elektroerzeugnisse haben sich im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts fast verdoppelt.

Ökonomisch ist das für die Konzerne vorteilhaft, weil sie den Löwenanteil der Kosten nicht selbst zahlen müssen, und für die Verbraucherinnen, weil es zu niedrigen Preisen führt. Aber als Steuerzahlerinnen sind doch sie es wieder, die für die Kosten nicht nur der Subventionen, sondern auch etwa der Verkehrsinfrastruktur oder der Umweltschäden aufkommen müssen. Ohne jeden Wohlstandsverlust könnten diese Transporte unterlassen werden, ja in manchen Fällen wäre sogar ein Wohlstandsgewinn zu erwarten. So importiert die Firma Mövenpick für ihr Walnusseis die Nüsse aus China, während in Deutschland große Mengen ungeerntet unter den Bäumen verrotten. Die Unternehmen interessieren sich nur bedingt dafür, dass Produkte Bedürfnisse befriedigen. Entscheidend ist, dass die Dinge sich mit Gewinn verkaufen lassen. Da stört es nicht weiter, wenn der Gebrauchswert zweifelhaft ist, wie bei vielen Wellnessprodukten oder bei Gammelfleisch, oder wenn er deutlich kostengünstiger bereitgestellt werden könnte. Ein dramatisches Beispiel ist die Pharmaindustrie. Ihre führenden Unternehmen realisieren weltweit nicht selten Profitraten von über 15%, weil sie aufgrund internationaler Patentregelungen jahrelang Monopolpreise auf ihre Medikamente erheben können. Läuft der Patentschutz aus, wird versucht, das Präparat durch ein neues und nur leicht verändertes zu ersetzen. Das bringt zwar keinen medizinischen Vorteil, kann aber wiederum patentiert werden. Deshalb gibt es bei zahlreichen Krankheiten, gegen die hochwirksame Medikamente existier(t)en, daneben völlig überflüssige Präparate. Gelegentlich verdrängen diese das altbewährte.

Das alles führt nicht nur zu hohen Kosten, die den Menschen keinerlei Nutzen bringen, sondern auch zu einem gesteigerten Energie- und Ressourcenverbrauch. Dabei darf nicht übersehen werden, dass beides nicht nur auf der Ebene der Unternehmen gilt, sondern auch auf der des Staates.

Schließlich ist es höchst aufwendig, solche unsinnigen Strukturen zum Vorteil der Investorinnen zu schaffen und aufrechtzuerhalten.

Stuttgart21 kann als Paradebeispiel dafür dienen, wie eine absolut funktionsfähige Einrichtung zerstört und durch eine überflüssige und vermutlich untaugliche neue ersetzt wird. Gleichzeitig sieht man, dass ein hoher Aufwand betrieben werden muss, um solche Strukturen gegen die Menschen im Land durchzusetzen. Noch deutlicher wird das beim Durchprügeln des Atomprogramms. Eine deutliche Zerstörung der Gebrauchswerte bei gleichzeitig steigender Kosten- und Umweltbelastung vollzieht sich auch in vielen Bereichen der ehemals öffentlichen Daseinsvorsorge, etwa wenn Nahverkehrsbahnen stillgelegt und inländische Flugverbindungen ausgebaut werden. Auch im Bereich der Gesundheitsversorgung sind solche Tendenzen erkennbar. Hier richten sich Forschung und Entwicklung auf immer weitergehende Technisierung und Spezialisierung, die nur wenigen Zahlungskräftigen zugutekommen wird. Gleichzeitig werden teure medizinische Angebote in der Regelversorgung rationiert.

### **Wohlstand ist ein legitimer Wunsch**

Bei all diesen Beispielen gehen schlechtere Versorgung der Individuen und höherer Umweltverbrauch in der gesamten Gesellschaft Hand in Hand. Es sind nicht die angeblich überzogenen Ansprüche der einzelnen Menschen an ein gutes Leben, die zu einer zugespitzten ökologischen Situation geführt haben. Materielle Sicherheit und der Besitz komfortabler Dinge sind berechnete menschliche Bedürfnisse, die auch in der wachstumskritischen Debatte nicht untergehen dürfen. Wir weisen deshalb alle Konzepte zurück, die sich in erster Linie an die Einzelnen richten, die zuerst von ihnen Verhaltensänderung oder gar Verzicht fordern. Wir wollen damit nicht sagen, dass dauerhaft jede so weiter konsumieren und leben könnte wie bisher. Es gibt Verhaltensweisen, die zur Verschärfung der Probleme beitragen, und dafür müssen Lösungen gefunden werden. Wir werden weiter unten darauf zurückkommen.

Aber hier ist erst einmal zu betonen, dass der allergrößte Teil des Energie- und Stoffverbrauchs auf das Konto nicht eines individuellen, sondern eines kollektiven, gesellschaftlich organisierten Konsums geht, der nur bestimmten Einzelnen, nämlich den Kapitalbesitzerinnen, nützt.

Durchschnittsrechnungen wie die des „ökologischen Fußabdrucks“ verschleiern dieses Problem lediglich. Die Beseitigung von Destruktivtechnologien und unsinnigem, nur um des Profits willen getätigtem Energie- und Stoffdurchsatz wird allein auf Dauer nicht ausreichen.

Aber vorerst schafft sie ein riesiges Schrumpfungspotenzial und bis dahin ist der Bau von Panzern Herrn zu Gutenberg und seinem Nachfolger de Maizière und seinesgleichen zuzurechnen und der von Atom- und Kohlekraftwerken den Aktionärinnen der Stromkonzerne, aber nicht uns. Es gibt keinen unversöhnlichen Widerspruch zwischen der sozialen und der ökologischen Frage, sondern nur einen zwischen den Profiteurinnen und den Verliererinnen dieser Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung.

Ein Bereich, in dem das wie in keinem zweiten sichtbar wird, ist die Frage der Landwirtschaft und des Hungers. Es hungert etwa eine von knapp sieben Milliarden Menschen auf der Welt. Laut Weltgesundheitsorganisation stehen rein rechnerisch zurzeit 2700 Kalorien pro Kopf und Tag an Nahrungsmitteln zur Verfügung. Benötigt werden nur 2200. Hunger ist kein Phänomen des Mangels an Nahrung, sondern einer Ökonomie, die für den Markt und nicht für die Menschen produziert. Indien, das Land mit den meisten Hungernden der Welt, gehört zu den zehn größten Getreideexporteuren und hat allein 2004 mit dessen Ausfuhr über zwei Milliarden US-Dollar erwirtschaftet. Es ist der Welthandel und die industrielle Landwirtschaft, die sowohl den Hunger wie die allermeisten Umweltschäden im Agrarbereich produzieren. Schon beim heutigen Stand der Technik und der Anbaumethoden könnten zwölf Milliarden Menschen ausreichend ernährt werden. Das wäre, wie der Weltagrarbericht (IAASTD 2009) zeigt, bei einer Umstellung auf kleinbäuerlich-ökologische Produktion noch leichter möglich. Die industrielle Landwirtschaft setzt ausschließlich auf hohe Erträge jeweils einer Sorte in Monokultur. Wenn die Kleinbäuerinnen Zugang zu Produktionsmitteln (Land, Wasser, Arbeitsgeräte) und Geld haben, kann der Ertrag pro Einheit

deutlich gesteigert werden.

Oft zwingt die extreme Armut auch sie zu unsinnigen Techniken, oft fehlt auch ökologisches Wissen. Aber grundsätzlich wäre bei niedrigerem externem Input und geringeren Umweltschäden eine deutliche Produktionssteigerung möglich. Da kleinbäuerliche Betriebe arbeitsintensiv sind, sichern sie nicht nur Arbeits- und Lebensmöglichkeiten auf dem Land, sondern stehen auch für ein anderes Energiemodell. Selbst ein Wachstum der Produktion würde so noch zu einem Sinken der Belastungen führen.

Weil dann für den tatsächlichen Bedarf oder bestenfalls für lokale Märkte produziert würde, könnte obendrein die aktuelle Überproduktion weitgehend beendet werden. Die hat ihre Ursachen nicht nur auf der Produktions-, sondern auch auf der Verkaufsseite. In der Lebensmittelindustrie werden 120 bis 140% des Bedarfs produziert, sodass 20 bis 40% von vornherein für den Müll sind (Selke 2008). Es geht darum, verlockende Angebote in den Supermärkten zu platzieren, der Gebrauchswert der Dinge spielt wiederum keine Rolle. Im Gegenteil, wenn sie als Ware, als verkaufbares Produkt untauglich geworden sind, nach Ablauf der Haltbarkeit oder durch Schäden, dann darf sie noch lange nicht nehmen, wer sie eben gebrauchen kann. Tut es eine doch, wird sie bestraft. Vielleicht noch bedeutsamer als die Perversion, dass Menschen zwar hungern, aber nicht im Müll wühlen dürfen, könnte es sein, dass hier augenscheinlich wird, was für die gesamte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums weltweit und in jeder einzelnen Gesellschaft gilt: Gigantische Überschüsse werden auf Kosten der Umwelt produziert und dienen doch nur dazu, zu zeigen, wer Zugang hat und wer nicht. Ihr tatsächlicher Nutzen ist belanglos.

Auf diese Weise ist ein System von Ungleichheit entstanden, das auch das subjektive Wohlbefinden der Gewinnerinnen nicht mehr steigert. Viele Konsumaktivitäten sind symbolischer Art, zielen auf soziales Prestige oder die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe. Wer bei Neuerungen nicht mitzieht, verliert den Anschluss. Folglich ist ein immer höherer Konsumaufwand nötig, um die soziale Integration zu verteidigen.

In den letzten 30 Jahren ist in der BRD der Konsum enorm gestiegen, das Bruttoinlandsprodukt hat sich verdreifacht. Gleichgeblieben ist die Lebenszufriedenheit. Eine jüngste umfassende Untersuchung (Wilkinson/Pickett 2010) belegt, dass das Glücksgefühl der Individuen abhängig ist von der wirtschaftlichen und rechtlichen Gleichheit der Menschen in einer Gesellschaft. Innerhalb des globalen Nordens ist das Leben nicht in den reicheren Ländern lebenswerter, sondern die Einkommensschere innerhalb eines Landes entscheidet über Lebenserwartung, Vertrauen und soziale Beziehungen, seelische und körperliche Gesundheit, schulische Leistungen, Gewalt und vieles andere. Das Rangeln um Macht und Einfluss, Konsum und Reichtum nimmt zu, je mehr sich Macht und Einfluss, Konsummöglichkeiten und Reichtum Einzelner vom Durchschnitt unterscheiden. Wer den Stoff- und Energieverbrauch reduzieren will, kann dies tun, indem sie Ungleichheit reduziert und damit einen Teil des Konsums unterbindet, der lediglich dem Prestige gilt.

Dagegen verstärken manche wachstumskritischen Forderungen gerade diesen Effekt. Das gilt fatalerweise vor allem für den populärsten dieser Vorschläge, nämlich die Internalisierung der ökologischen Kosten. Weil es Unternehmen gelingt, bestimmte Kosten für ihre Produktionsabläufe auf die Gesellschaft zu übertragen, wird vielfach gefordert, Preise müssten die ökologische Wahrheit sagen. Nun wäre nicht grundsätzlich etwas dagegen einzuwenden, wenn die Verursacherinnen von Umweltschäden dafür zahlen müssten. Im Konkreten ist das aber in einer Gesellschaft, wo zerstörerische Praktiken allgemein angewandt werden, nicht so einfach. Beispielsweise gehören Flugreisen oder der Lufttransport bestimmter Produkte, von Lebensmitteln etwa (und damit auch deren Verzehr), inzwischen zum Alltag.

Man kann durch eine drastische Erhöhung der Preise für solche Dinge ihren Gebrauch in einem bestimmten Rahmen einschränken. Das kann vielleicht in einigen Fällen ein Fortschritt sein, schafft aber ein Gerechtigkeitsproblem: Die Armen können gar nicht mehr fliegen und die Reichen soviel wie früher. Ein gesellschaftlicher Konsens für weniger Flugreisen entsteht so nicht, im Gegenteil, man schreibt die Begehrtheit von Flugreisen dauerhaft auf einem hohen Niveau fest, weil es ja nun einen entscheidenden Statusunterschied ausmacht, ob eine fliegen kann oder nicht.

## **Der Kapitalismus muss wachsen**

Die Reduzierung des Verbrauchs von ökologisch schädlichen Gütern über hohe Preise schafft nicht weniger, sondern mehr Ungleichheit und verstärkt damit die individuelle Zustimmung zur Wachstumsgesellschaft. Das hat etwas mit dem aktuellen Zustand und der prinzipiellen Funktionsweise der kapitalistischen Ökonomie zu tun. Seit einigen Jahrzehnten häufen private Geldbesitzerinnen weltweit immer größere Mengen an Geld an. Zusätzlich sorgen verschiedene Mechanismen dafür, dass auch große Teile des bescheidenen Wohlstands der weniger Begüterten in monetärer Form erscheinen. Die weltweite Privatisierung der Altersversorgung etwa zwingt viele zur Anlage in Pensionsfonds oder Lebensversicherungen; die scheinbar großen Gewinnmöglichkeiten auf den Wertpapiermärkten und der leichte Zugang zu Krediten verführen dazu, auch noch die erwarteten Einkünfte von morgen auf die Märkte zu tragen.

So wachsen die Geldbeträge in den Händen privater oder institutioneller Investorinnen immer schneller und die haben nichts anderes damit vor, als das Ganze rasch in eine noch größere Geldsumme zu verwandeln. Da aber die Vermögenstitel schneller wachsen als die Anlagemöglichkeiten, müssen solche geschaffen werden. So werden Lebensbereiche dem Kapitalkreislauf unterworfen, die noch vor gar nicht langer Zeit völlig anders funktionierten. Wir haben über Medikamenten- und Lebensmittelproduktion gesprochen, die nicht mehr der Aufgabe des Heilens und Sättigens folgt, sondern nur noch den Investitionsanreizen. Durch Patentierung werden Dinge zu käuflichen Waren, die von ihrem sachlichen Charakter her leicht für alle zur Verfügung stehen könnten, Wissen oder Musik z.B., oder die noch kürzlich als Privatbesitz gar nicht vorstellbar waren, wie unsere Gene.

Gegenüber diesem Mechanismus nützt es nichts, wenn durch ökologische Preisregulierung die Kosten für den privaten Konsum der Reichen ansteigen. Die Summen, um die es hier geht, können durch solche Preissteigerungen nicht nennenswert verringert werden: Aktuell liegt das weltweite Finanzvermögen bei etwa 200 Billionen Dollar. Selbst wenn es gelänge, zehn oder zwanzig Billionen davon über höhere Preise für Umweltkosten abzuschöpfen, bliebe das beschriebene Phänomen bestehen. Und das ist kein abstraktes oder für unser Thema randständiges Problem, sondern zentral. Was soll eine reiche Person mit ihrem Geld ab einer bestimmten Größenordnung machen? Konsumwünsche erfüllt sie sich ohnehin, das dafür nicht gebrauchte Vermögen ergibt für sie nur einen Sinn, wenn sie es in ein Geschäft investieren kann, aus dem es als eine größere Summe wieder herauskommt. Das ist das einzige Motiv, aus dem im Kapitalismus Investitionsentscheidungen getroffen werden. Geld muss mehr Geld werden und das gelingt nur, wenn damit gleichzeitig auch mehr Produkte hergestellt und verkauft werden. Es wird zwar im aktuellen neoliberalen Finanzkapitalismus immer wieder versucht, aus Geld einfach nur so mehr Geld zu machen, aber dabei entstehen erst einmal nur Finanzansprüche, die das Geldvermögen aufblähen. Die Probe aufs Exempel besteht immer in der realen Produktion von Gütern und Dienstleistungen.

Nun gibt es davon in unserer Welt aber schon so viele, dass wir sie gar nicht alle brauchen können. Deshalb werden Märkte erweitert auf Teufel komm raus. Egal ob die Armen verhungern, wenn nur die Supermärkte der Wohlhabenden voll sind. Egal ob man immer nur ein Auto fahren kann, ein Drittwagen macht sich doch in jedem privaten Fuhrpark gut. Egal ob die Kleinen besser mit anderen Kindern spielen sollten, ein Plasmafernseher und ein Computer in jedem Zimmer muss schon sein. Egal ob Mobiltelefone strahlen oder Ölbohrungen die Weltmeere verpesten, es muss produziert werden, sonst stockt die Maschine. Das unterliegt nicht einmal dem eigenen Willen der Kapitalistin. Will sie in der Konkurrenz mit den anderen Produzentinnen nicht untergehen, dann muss sie billiger, besser, innovativer und größer sein. Mit einem Wort, sie muss wachsen. Jeder Versuch, aus diesem Zwang herauszukommen, muss grundsätzlich den gesamten Mechanismus angreifen. Das soll nun nicht heißen, dass erst nach dem Ende des Kapitalismus Schritte gegen das Wachstum getan werden könnten. Es heißt lediglich, dass man um den Konflikt mit den Verwertungsinteressen nicht herumkommen wird. Damit sind wir zurück bei der oben gestellten Frage, was denn die

Einzelne tun kann.

## **Es geht um gesellschaftliche Kämpfe und eine demokratische Debatte**

Wir haben gezeigt, dass Veränderungen hin zu weniger Energie- und Ressourcenverbrauch in gigantischem Umfang möglich sind, ohne die nützlichen Dinge und Dienstleistungen zu reduzieren, die den Menschen ein gutes Leben sichern. Aber sie sind trotzdem nicht einfach so Konsens. Sie widersprechen mächtigen Interessen. Nicht Einsicht oder die besseren Argumente werden zu einer schrumpfenden Wirtschaft führen. Ihre Etablierung widerspräche dem gesamten Wirtschaftssystem, sie wird sich nur in langen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen durchsetzen lassen. Man muss diese Orientierung gegen den real existierenden Kapitalismus nicht jedes Mal dazu sagen, sie ist aber dennoch zentral, weil hier die Vermittlung zu den Individuen liegt. Es ist nicht so, als ob die Einzelnen nichts tun könnten. Sie können sich für eine andere Ökonomie engagieren.

Wenn zu Beginn Produktionen und Abläufe beseitigt würden, die ohnehin nichts zum Wohlbefinden der Menschen beitragen, dann könnten manche individuellen Vorbehalte wegfallen. Die Beseitigung der unsinnigen Kosten und Verschwendungen der kapitalistischen Produktion schränkt den Lebensstandard in keiner Weise ein. In den Kämpfen für diese Entwicklung aber verändern sich die Menschen und ihr Bewusstsein. In diesem Prozess können sie gar nicht anders, als sich mit Fragen von Sinn und Zweck der Produktion, von Bedürfnissen und ihrer Befriedigung zu befassen. Jede darf und kann schon jetzt Verhaltensänderungen, auch den Verzicht auf bestimmte Dinge praktizieren und wir sind uns bewusst, dass es gute Gründe dafür gibt. Aber erst in den gesellschaftlichen Kämpfen werden die Einzelnen unvermeidlich, aus ihrer eigenen Bewegung heraus, auf die Frage kommen, was sie denn brauchen für ein gutes Leben. Dabei werden vermutlich auch diejenigen anfangen, einige ihrer Bedürfnisse zu hinterfragen, die vorher ihren Lebensstandard verteidigt haben. Aber jetzt tun sie es von sich aus und nicht, weil man es von ihnen verlangt. Und so kann Veränderung dann auch als massenhafter Prozess möglich werden. Wir setzen also nicht auf Zwang und Verordnung von oben, auch nicht auf moralische Appelle und Umerziehung, sondern auf die eigene Bewegung der Menschen.

Herrschaft funktioniert in der bürgerlichen Demokratie wesentlich über Zustimmung und Konsens. In der Regel gelingt es den herrschenden Gruppen nicht nur, ihren Interessen mithilfe von Medien, Werbung und Politik den Schein von Allgemeingültigkeit zu verleihen. Sie nehmen immer wieder auch partiell reale Interessen der Beherrschten auf. Deshalb wird von der Mehrheit weder der Kapitalismus noch der Massenkonsum abgelehnt.

Wenn sich daran etwas ändern soll, dann ist es wichtig, die Menschen dort anzusprechen, wo sie selbst schon Widersprüche haben, um die feinen Risse in der Zustimmung zu nutzen. Wir haben auf bestehende Bewegungen gegen die Destruktivtechnologien hingewiesen. Auch Forderungen zur massiven Einschränkung des sinnlosen Gütertransports oder der Werbung wären wahrscheinlich mehrheitsfähig. Es ist auch keineswegs so, dass die meisten nicht wüssten, dass es intelligentere Formen gibt, von A nach B zu kommen, als dass jede mit dem eigenen Auto im Stau steht.

Aber tatsächlich sind sie darauf angewiesen, einen Arbeitsplatz zu haben, weil davon ihr Einkommen abhängt. Und um dort hinzukommen und dort vielleicht sogar Autos zu produzieren, brauchen sie häufig ein Auto. Und deshalb verteidigen sie seine Produktion manchmal trotz besserer Einsicht. Risse in der Zustimmung nutzen heißt, hier Vorschläge und Forderungen zu entwickeln, die Antworten auf drängende Fragen geben: Wie komme ich denn zuverlässig zum Arbeitsplatz? Wovon soll ich leben, wenn ich keinen mehr habe?

Es ist offensichtlich, dass es von der materiellen Seite her Antworten auf diese Fragen gibt. Es kann nicht sein, dass der Zugang zu den Überlebensmitteln an nicht vorhandene Erwerbsarbeitsplätze gekoppelt wird. Wir sind durchaus für eine radikale Arbeitszeitverkürzung. Aber auch sie wird nicht zu Vollbeschäftigung führen, sondern lediglich den Rationalisierungszwang und die Elektronifizierung von Produktion und Dienstleistungen beschleunigen. Weltweit verschärft sich das Problem sogar noch. Mehr als drei Milliarden Menschen sind nicht in formelle Arbeitsverhältnisse eingebunden. Wer sollte all das brauchen, was die in kapitalistischer

Vollbeschäftigung produzieren könnten? Und welche Erde sollte das aushalten? Es gibt auch keinerlei Grund für eine solche Produktionssteigerung. Der tatsächliche Reichtum für ein halbwegs anständiges Leben aller Menschen weltweit ist längst ebenso vorhanden wie Konzepte für eine gemeinsame Nutzung, z.B. in umfassenden öffentlichen Verkehrssystemen. Dringend erforderlich wäre eine Debatte darüber, was denn die Produkte und Dienstleistungen wären, die für ein gutes Leben aller not-wendig sind, die also die Not wenden würden. Was wir produzieren wollen und wie, das müsste in einem umfassenden demokratischen Prozess diskutiert und entschieden werden. Aber wie sollten nachhaltiges Umsteuern und eine Reduktion des Ressourcenverbrauchs aus der Produktion heraus und durch die Arbeiterinnen und Angestellten erfolgen, die doch auf ihre Arbeitsplätze angewiesen sind? Wie durch die Erwerbslosen, die ebenfalls auf einen der nicht vorhandenen Arbeitsplätze warten? Wer ernsthaft eine nachhaltige, sozial- und umweltverträgliche Wirtschaft will, wird zuerst dafür sorgen müssen, dass die Menschen sich um ihr materielles Überleben keine Sorge machen müssen.

Wir halten daher die Diskussion um die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens für alle, ohne Bedürftigkeitsprüfung, ohne Arbeitszwang, mit einem Recht auf gesellschaftliche Teilhabe als Rechtsanspruch für grundlegend in der gesamten Wachstumsdiskussion. Und ein erster Schritt dazu müsste in einem globalen Mindesteinkommen gegen den Hunger (*basic food income*) bestehen, nicht nur, damit die Ärmsten es sich überhaupt leisten können, sich ressourcenschonend zu verhalten, sondern auch, weil Hunger in einer Welt des Überflusses ein unerträglicher Skandal ist.

Gleichzeitig muss eine Privatisierung öffentlicher Güter wie Mobilität, Gesundheitswesen, Wasser- und Energieversorgung, Bildung und Kultur verhindert und diese in öffentliche Gestaltung überführt werden. Zu den Grundbedürfnissen gehört auch eine umfassende soziale Daseinsvorsorge. Kranken- und Rentenversicherung waren und sind eine Errungenschaft, die nicht als Ware privatisiert werden darf, wenn für jede der Zugang gesichert werden soll. Die Commons- und freie Softwarebewegung haben gezeigt, dass umfassende Versorgung mit Gütern jenseits der Produktion von Waren, mit denen Geschäfte gemacht werden, möglich ist. Unter dem Wachstumsaspekt haben öffentliche Systeme zwei weitere Vorteile: Sie brauchen deutlich weniger Ressourcen, weil sie rationeller planen können und sie nehmen Leistungen den Status positioneller Güter, durch deren Besitz man sich von anderen abheben kann.

Insgesamt geht es also um eine Veränderung hin zu einer bedarfsorientierten Ökonomie. Alles, was in diese Richtung geht oder zumindest dahin ausgebaut werden könnte, ist aus unserer Sicht zu befördern, alles, was lediglich Anlage- und Verwertungsmöglichkeiten schafft, ist abzulehnen. Da gibt es zahlreiche tagespolitische Anknüpfungspunkte, die vom Kampf gegen die Destruktivtechnologien bis hin zur Bürgerinnenversicherung für Rente, Gesundheit und Grundeinkommen reichen.

Entscheidend ist aber, dass die Frage, wo es langgehen soll, in einer Debatte geklärt werden muss, die alle Stränge (Nachhaltigkeit, Forderung nach guter Arbeit, Schrumpfung der Wirtschaft zur Ressourcenschonung, soziale Sicherheit) zusammenfasst. Voraussetzung für Veränderung auch der Einzelnen ist, dass sie sich anerkannt und entscheidungsfrei fühlen. Das wird nur gelingen, wenn niemand Angst um die materielle Existenz oder darum haben muss, dass andere festlegen, was für sie gut ist.

## **Literatur**

IAASTD (2009): Weltagrарbericht. Synthesebericht, Hamburg.

Selke, Stefan (2008): Fast ganz unten, Münster.

Wilkinson, Richard/Pickett, Kate (2010): Gleichheit ist Glück, Frankfurt.

Wolf, Winfried (2007): Wie kommt das Walnussfleisch ins Mövenpickeis?, Lunapark 21, 1.